

Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich

Resolution der Delegiertenversammlung zur Situation von abgewiesenen AsylbewerberInnen und Sans-Papiers im Kanton Zürich

Die Delegierten des Gewerkschaftsbunds des Kantons Zürich erklären sich solidarisch mit den Menschen, die über die vergangenen Feiertage die Zürcher Predigerkirche besetzt haben.

Wir sind empört über die Tatsache, dass der Kanton Zürich seit einigen Jahren in der Umsetzung des Asyl- und Ausländerrechts eine im gesamtschweizerischen Vergleich sehr restriktive und teilweise unnötig grausame Praxis verfolgt.

Neben der Wiedereinsetzung einer kantonalen Härtefallkommission, die auf Druck der Bleiberechtsbewegung mittlerweile von Regierungsrat Hollenstein zugesagt wurde, fordern wir namentlich:

- Eine Abschaffung des so genannten „Dynamisierungsverfahrens“, nach dem AsylbewerberInnen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, zwecks Abschreckung im Wochenrhythmus ihre Unterkunft wechseln müssen
- Die Auszahlung von Nothilfe in Bargeld an Stelle von Migros-Gutscheinen, welche es den Betroffenen nicht einmal ermöglichen, ein Bus- oder Bahnbillet zu kaufen, um in die nächste Migros-Filiale zu fahren
- Keinen Sozialhilfestopp für besonders verletzte Personen

Zudem müssen auf Bundesebene Lösungen gefunden werden für eine Regularisierung all derjenigen Menschen, die seit Jahren ohne geregelten Aufenthaltsstatus in unserem Land leben und arbeiten. Nur so wird es möglich, die Arbeitsbedingungen zum Beispiel von Hausangestellten nachhaltig zu verbessern, Lohndumping und Schwarzarbeit zu bekämpfen und die ArbeitgeberInnen in die Pflicht zu nehmen.

Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich, 15. Januar 2009